

VGWS

Verein für Geschichte des Weltsystems e.V.



Hans-Heinrich Nolte

**Die arabische Revolution in globaler Perspektive –
Aufbruch in eine neue Epoche?**

Verein für Geschichte des Weltsystems e.V.

www.vgws.org

Discussion Paper

Redaktion:

Verein für Geschichte des Weltsystems e.V.

www.vgws.org

Carsten Kaven / Helmut Stubbe da Luz

Zusammenfassung

Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, welchen ich am 19. März 2012 vor dem Palästina-Forum Hannover gehalten habe. Ich versuche, auf Grund von Literatur und (wenig) Augenschein eine globale Perspektive aufzuzeigen, welche sich auf mein Buch: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2009 bezieht. Ich möchte

1. Die Besonderheiten des Islam in Europa im Vergleich zur globalen Umma referieren,
2. die ökonomischen und sozialen sowie
3. die politischen Hauptprobleme der arabischen Welt skizzieren und
4. die Revolutionen in den globalen Kontext einordnen.

1. Besonderheiten des Islam in Europa

Zum 1. Punkt liegen inzwischen einige nachprüfbare Daten vor, die Arno Tausch auf der Grundlage des amerikanischen „World Values Survey“ und dem europäischen „European Social Survey“ zusammen gestellt hat (Handout Nr. 1.1). Danach gehört die Mehrheit der europäischen Muslime zu den ärmeren Teilen ihrer Gesellschaften und sieht sich selbst auch so. Sie liegen in den Bildungsquoten deutlich zurück (Tausch S. 122, S. 72 f.). Weder Armut noch geringer Bildungsstand übersetzen sich aber automatisch in politische Haltungen – 2006 hatten 66,6% der Polen, 54,6% der Ungarn und 38,8% der Deutschen kein Vertrauen in die Demokratie, aber nur 20% der in Deutschland lebenden Muslime (Tausch S. 148 f.) – vermutlich, weil sie „Demokratie“ im Vergleich zu den Verhältnissen ihrer Herkunftsländer sehen. Die Daten auf dem Handout zusammen fassend kann man herausheben, dass die europäischen Muslime Homosexualität und Ehescheidung stärker ablehnen als die durchschnittlichen Europäer und mehr fordern, dass Politiker sich zu Gott bekennen. Andrerseits haben sie mehr Vertrauen in die EU und die Parlamente und lehnen politischen Mord entschiedener ab, als die anderen Europäer.

Wenn Sie sich dagegen einige der Meinungen im globalen Islam ansehen (Handout 1.2) erkennen Sie einerseits ähnliche Muster – nur Gläubige dürfen ein Land führen, Homosexualität wird abgelehnt – andererseits vertraut man der UN noch der EU weniger als die europäischen Muslime. Selbstverständlich sind die Größenordnungen dabei deutlich unterschiedlich. Weltweit sind 43% der Muslime der Meinung, dass jemand, der nicht an Gott glaubt, kein politisches Amt haben darf (und 70% der Gottesdienstbesucher in der Umma), in Europa sind es 19%; weltweit sind 13% der Muslime für Militärdiktaturen, in Europa 3,4%. Die europäischen Muslime sind deutlich säkular bestimmt – 26% besuchen Gottesdienste einmal im Monat und häufiger – bei den Katholiken sind das 27,7% und bei den Protestanten 20,6% (Tausch S. 219). Die Gewaltbereitschaft unter den europäischen Muslimen schätzt Tausch auf 2-4%, was etwa der in der christlichen Bevölkerung entspricht.

Für den Nichtsoziologen sind die Daten nur schwer kontrollierbar. Man würde gern nachfragen, ob in die von den USA aus durchgeführte Befragung nach antijüdischen Vorurteilen Fragen nach der Haltung zum Staat Israel eingegangen sind, oder ob die Fragen danach, wen man als Nachbarn akzeptiert, nach Stadt und Land differenziert wurden (in einem Dorf mit 200 Einwohnern kann es ein reales Problem werden, welcher Tag der Woche der Feiertag ist, oder ob Schweine gehalten werden). Aber insgesamt ist das vorgetragene Gesamtbild überzeugend und wichtig: während in den USA die Islamophobie auf ein Viertel der Bevölkerung zurück gegangen sind, ist sie weltweit und gerade auch in den kontinental europäischen Ländern auf bis zur Hälfte angestiegen. Die kulturellen Prägungen innerhalb der Nationen sind durchaus wirksam, und wohl auch der Umgang mit der Geschichte – Spanien

ist das, nach den Meinungen seiner Bürger gemessen am wenigsten tolerante Land in der EU, andererseits vertrauen die Muslime in Spanien der demokratischen Verfassung des Landes mehr, als in allen anderen europäischen Ländern. Die bekundete Toleranz gegenüber Juden in Deutschland mag man für etwas plakativ halten – hat da jeder geantwortet, was er dachte, oder gab es eine Tabuisierung einer negativen Antwort?

Die europäischen Muslime bilden, das bleibt ein wichtiges Ergebnis der Arbeit von Tausch, trotz ihrer im Durchschnitt größeren Armut eine mehrheitlich eher säkulare Gruppe, welche von der Demokratie besonders überzeugt ist. Schließlich steht am Anfang vieler ihrer Geschichten die Auswanderung aus Ländern, in dem es – wie in der Türkei oder Ägypten – antisäkulare Mehrheiten gibt.

2. Sozialökonomische Notizen

Lassen Sie mich aus der Tabelle 1.2 zwei Aussagen mit hinüber nehmen zum zweiten Abschnitt – zur sozialen und ökonomischen Lage. Im Jahr 2006 waren 68,7% der Muslime der Welt davon überzeugt, dass ihre Armut in den letzten zehn Jahren zugenommen habe. Wenn man davon ausgeht, dass der globale Neoliberalismus seit ca. 1990 die Weltpolitik beherrscht, kann man zusammenfassen, dass über zwei Drittel der Muslime der Meinung sind, durch ihn ärmer geworden zu sein – übrigens sowohl die Europas wie die der Welt insgesamt. Auch das zweite Datum gehört in diesen Kontext: über 58% der Muslime weltweit waren 2000 der Auffassung, dass das Staatseigentum gefördert werden solle – womit sie nur wenig über dem Durchschnitt der Menschheit lagen.

Das ökonomische und soziale Hauptproblem der arabischen Welt ist die grassierende Arbeitslosigkeit; auch sie kam in der Selbsteinschätzung zum Ausdruck. Die Zahl der Arbeitslosen einigermaßen korrekt zu bestimmen, ist schwierig, da die aufgeführten Nationen nur rudimentäre statistische Institutionen besitzen. Die im Handout (2.1¹) angeführten Daten stammen von CIA und UNDP. Die CIA hat für 1999 Arbeitslosenquoten zwischen 11 und 30% errechnet, in der Westbank sogar von 40%. Der Durchschnitt aller arabischen Staaten lag bei 22,5%. Die Angaben der UNDP lagen durchweg darunter, zwischen 8 und 26, im Schnitt bei 11,4%. Da die UNDP als internationale Organisation die Daten der jeweiligen Regierungen wiedergibt, scheinen mir die Angaben im CIA-Factbook aussagekräftiger. Demnach lag die Arbeitslosigkeit in den arabischen Ländern um 1999 nur wenig unter einem Viertel der gesamten (als arbeitswillig gemeldeten) Bevölkerung.

Einig sind sich sowohl ILO als auch CIA darin, dass die Prozentsätze seit den 80er Jahren kontinuierlich angestiegen sind (Handout 2.2). Für die Periode ab 2000 wird die Datenlage zunehmend schlechter, meist ist man auf das CIA-Factbook angewiesen. Die offiziellen Daten stimmen alle darin überein, dass die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen ist.

Zu der offiziell gemeldeten Arbeitslosigkeit muss man hinzu rechnen, dass die ländliche Arbeitslosigkeit wahrscheinlich noch stärker gewachsen ist. Immer mehr Landstücke (ererbt oder gepachtet) sind so klein geworden, dass man selbst mit den alten Techniken nicht mehr sinnvoll auf ihnen seine Lebensarbeitszeit zubringen kann. Es sind also große Zahlen ländlichen Proletariats entstanden. Das betrifft dann auch die urbanisierten Gebiete, in denen die Menge unterproletarischer Zuwanderer vom Land ansteigt oder schon angestiegen ist; in den Städten leben oft schon Menschen in der 2. oder 3. Generation von „Luft“. Besondere Schärfe erhält die Arbeitslosigkeit dadurch, dass die Jugendarbeitslosigkeit höher liegt als die

¹ Der gesamte Aufsatz von Gernot Köhler wird in ZWG 13.1 in deutscher Übersetzung publiziert.

allgemeine. Eine vielleicht überzogene Analyse im Handelsblatt Anfang März rechnete, dass die arabische Welt ca. 350 Mio. Einwohner habe, von denen 200 Millionen unter 25 Jahren sind, von denen wieder 33% arbeitslos sind. Auch The Global and Mail kam Anfang März auf 30% Arbeitslosigkeit.

Jugendarbeitslosigkeit ist, wie Sie ja wissen, auch eines der hauptsächlichen sozialen Probleme in den südlichen Staaten der EU. Der Anteil der Jugendlichen an der gesamten Bevölkerung ist aber in den EU-Ländern kleiner. Jugendliche sind gute „Seismographen gesellschaftlicher Problemlagen“.² 2011 sind in fast allen arabischen Gesellschaften Jugendliche gegen Arbeitslosigkeit auf die Straße gegangen. Sie wird für sie zu einer existentiellen Frage, weil es ihnen in ihren Gesellschaften nicht mehr gelungen ist, die zu ihren Kulturen (und auch in vielen anderen) klassischen Passagen von der Jugend ins Erwachsenensein zu bewältigen:

1. Heirat und Familiengründung
2. Eintritt in den Arbeitsmarkt und Erwerb der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von den Eltern
3. Erwerb und Ausübung von Bürgerrechten (wie in ihren Gesellschaften verstanden).

In fast allen agrarischen Gesellschaften sind diese drei Passagen unmittelbar miteinander verbunden – wer ein Stück Acker (oder gar einen Hof) hat, besitzt „Nahrung“, die wiederum Voraussetzung für Heirat ist. Damit wird er Mitglied der Organisation der Bauern, gleich ob diese den von ihnen bearbeiteten Grund selbst besitzen oder sich mit dem Grundherren arrangieren müssen (mit dem Steuereintreiber müssen sie immer einen modus vivendi finden) (vgl. hierzu das Zitat in Handout Nr. 4).

In den Städten wird das Problem für die Politik dadurch verschärft, dass die jungen Arbeitslosen durchweg gut ausgebildet sind; oft haben sie Universitäten abgeschlossen. Sie entsprechen also dem klassischen Vorurteil, dass wenig mehr einen Umsturz oder sogar eine Revolution fördert als eine Intelligenzia, die sozialökonomisch nicht integriert ist. Die Vorstellung, dass Revolutionen immer „links“ sein müssen, ist dagegen nicht haltbar – sie beruht auf einer abstrakten Definition von Revolution, die z. B. darüber hinweg geht, dass auch die Faschisten für sich in Anspruch genommen haben, Revolutionen durchgeführt zu haben.

3. Politische Lage

Das politische Handlungsmodell dieser jungen Leute, die oft im Westen oder an einer der amerikanischen Universitäten der Region studiert haben, ist ganz überwiegend die Demokratie. Ihnen stehen in der Regel Militärdiktaturen gegenüber oder neo-absolutistische Monarchien. Die meisten der Diktaturen erhielten Subsidien vom Westen, vor allem das Mubarak-Regime in Ägypten. Einige der Monarchien, allen voran Saudi-Arabien, verfügen über große Erdölvorkommen und hohe, mit den globalen Preisen steigende Einkommen daraus; sie sind sowohl als Rohstofflieferanten als auch als Kunden für Waffen wichtig für den Westen. Die Einkommen dieser Superreichen sind Renten, die nicht auf Leistung, sondern auf ererbter Macht beruhen.

² www.giga-hamburg.de/giga-focus = GIGA Focus 2011.5.

Untereinander kann man die arabischen Staaten in unmittelbar religiöse und etwas säkularere teilen. Säkulare Eliten, oft aus den Traditionen der kolonialen Kämpfe wie in Algerien, Ägypten oder Syrien stützen sich durchweg auf Einparteiensysteme und das Militär, religiöse Staaten wie Saudi-Arabien zusätzlich auf die Geistlichkeit. Außenpolitisch bilden Syrien als Verbündeter Russlands und der Irak als von der „Koalition der Willigen“ erobertes Land auf dem Weg zu einer „Demokratie von außen“ Sonderfälle.

Die Verbreitung des politischen Handlungsmodells Demokratie wurde von den USA, aber auch anderen westlichen Mächten wie Deutschland gefördert, wie Sie auch dem Handout 3 entnehmen können – der Autor ist Forschungsdirektor des Brookings-Zentrums in Doha (Brookings ist eine der wichtigsten amerikanischen Think-tanks). Er schreibt, dass ab 2001 „...hunderte Millionen \$ westlicher Hilfe in die arabische Welt strömten, die kleine NGOs, oft schwache politische Parteien und die Stärkung der Frauenrechte unterstützten ...“

Die amerikanische Unterstützung gerade für Mubarak ging weiter, auch nach einer antiislamistischen Kampagne des Regimes in Ägypten 2006. Als Barack Obama Anfang 2009 in Kairo „a new beginning“ versprach, glaubte die demokratische Bewegung, dass die USA Diktaturen und Monarchien nicht länger unterstützen werde. Aber Mubarak erhielt weiter US-Backing, attackierte die Muslim-Bruderschaft und setzte in der Wahl 2009 durch, dass 209 von 211 Sitzen von seiner Partei besetzt wurden.

In dieser Lage wirkte die Revolution in Tunesien Januar 2011 als Signal. Das Modell dieser Revolution war einfach: Massen an Protestlern sammeln, bis Polizei oder Militäär schießt. Damit entstehen Märtyrer, der Protest nimmt zu, Teile von Militär und Polizei laufen über, der Präsident tritt zurück. Ägypten folgte.

Es gibt aber keine automatischen Übergänge von einer Revolution in eine Demokratie oder auch nur eine Republik. Eine Republik setzt vielmehr, um Max Weber zu zitieren, „Abkömmligkeit“ einer Gruppe der Bevölkerung voraus – ein Teil der Bürger muss genug Einkommen haben, um sich ohne Sorge um das tägliche Brot mit Politik befassen zu können. Um die Revolutionen im arabischen Raum in Republiken oder sogar Demokratien zu überführen, ist also ein bestimmter Wohlstand mindestens in den Mittelschichten erforderlich. Wenn dieser nicht gegeben ist, werden die Lebenschancen der Menschen über Klientelverbindungen vergeben, die immer hierarchisch organisiert sind und dem Klienten kein unabhängiges Urteil erlauben.

Leider änderten die Revolutionen nichts an der ökonomischen Lage, eher kam es zu Verschlechterungen durch den Einbruch des Tourismus. In Tunesien z.B. brach der Tourismus um 60% ein, die Industrie nahm kaum zu. Zugänge zu Arbeitsplätzen waren weiterhin an Klientelbeziehungen gebunden, und die Abnahme der Rechtssicherheit führte zu Selbstbewaffnung (The global ...).

Meine eigenen Eindrücke von einer touristischen Reise in Ägypten im Oktober 2011 (Handout 5) waren, dass die Polizei überall präsent war – massiv vor dem Koptenviertel in Kairo, aber auch auf dem flachen Land, wo es alle 7 bis 8 km eine Straßensperre gab. Im Süden gingen alle Frauen schwarz verschleiert. Ein Kopte, mit dem wir sprachen, führte die antikoptischen Unruhen auf den Einfluss Saudi-Arabiens zurück – drei Millionen ägyptische Gastarbeiter leben in Arabien, und ohne die Transfers der Gastarbeiter in die Heimat und die direkten Subsidien käme Ägypten nicht aus.

In Handout 6 lesen Sie die Position eines der Demokraten – man erwartete die Unterstützung durch die USA, Mubarak wurde aber weiter gestützt – der Westen misst mit doppeltem Maß: jeder Verletzung des Völkerrechts im Iran wird angeprangert, Verletzungen des Völkerrechts bei Bundesgenossen werden dagegen übergangen. Diese Kritik beruht, wie Sie dem Text entnehmen, z. T. auf einem naiven Missverständnis – die Amerikaner wählen ihren Präsidenten keineswegs mit dem Ziel, weltweit für die Demokratie einzutreten, sondern um Wohlstand und Sicherheit der Nation USA zu fördern. Aber das Missverständnis spiegelt die Legitimationen, welche die USA und andere westliche Mächte benutzen, um immer wieder in Bürgerkriege im arabischen Raum zu intervenieren.

Lassen Sie mich hier einen kleinen Exkurs einfügen. Ich habe Ihnen (Handout 10) einen Ausschnitt aus dem Text von Art. 2 § 7 der UN-Charter zitiert, der das Eingreifen in die inneren Angelegenheiten eines Landes verbietet. Zugleich habe ich darauf hingewiesen, dass diese Regel im Rahmen der Entwicklung des humanitären Völkerrechts zunehmend aufgeweicht wird. Völkerrechtlich sind die USA nicht zu einer einseitigen Intervention befugt. Der Sicherheitsrat, der dazu befugt ist, ist – zumindest bei den Vetomächten, auf die es hier ankommt - nach der politischen Opportunität des Jahres 1945 eingerichtet, nicht nach allgemein gültigen demokratischen Normen - er repräsentiert fünf Staaten, die 1945 z. T. Macht besaßen und z. T. als mächtig gelten sollten.

Wann erlauben humanitäre Gründe die Intervention? Das ist im internationalen Recht strittig und wirklich legitim scheint nur die Intervention gegen Genozid. Denn alle Revolutionäre nehmen für sich in Anspruch, „das Volk“ gegen „den Tyrannen“ zu vertreten. Das klassische Beispiel (und oft Vorbild) ist die Revolution der USA 1776, in welcher die Unabhängigkeitserklärung ja den Anschein erweckt, als habe sich „we the people“ gegen den Tyrannen im fernen London erhoben. Wir wissen dagegen, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung der 13 Kolonien auf der Seite London standen (die so genannten „Loyalists“) – viele von ihnen sind nach dem Sieg Washingtons ausgewandert.

Ich erinnere daran, weil Revolutionen eben meist auch Bürgerkriege sind. So berechtigt das Bild „das Volk gegen den Tyrannen“ auch sein mag, und so sehr wir „dem Volk“ den Sieg wünschen mögen – eine Intervention bleibt außerordentlich riskant. Wir sollten in aller Regel nicht intervenieren, und zwar deswegen nicht, weil wir (auch wenn wir die richtige Seite zutreffend erkannt haben) weil wir von außen nicht über die Mittel verfügen, um einen Kompromiss durch zu setzen. Es ist schwer, sozialen Frieden zu erzwingen – es ist noch viel schwieriger, das von außen zu bewerkstelligen.

In dem Vortrag, den Hamed Abdel-Samid in diesem Kreis gehalten hat (Handout 7) wurde die Schwäche der säkularen Bewegung in Ägypten sehr deutlich bezeichnet – sie hofft eigentlich auf ein Machtgleichgewicht zwischen Muslimbruderschaft und Militär, in dem sie dann Einfluss gewinnen könnte. Die Schwäche der Demokraten hat die deutsche Öffentlichkeit verblüfft, weil die Presse die Revolution so dargestellt hat, als habe eben dieses Abstraktum „Volk“ gemeinsam und vereint gegen den Diktator gekämpft. Sie finden in Handout 9 eine knappe und nach den verschiedenen Ländern differenzierte Auflistung der Akteure –

In Tunesien und Ägypten die Jugend der Mittelschicht
 In anderen Ländern ethnische und/oder religiöse Gruppen
 Schiiten in Bahrein. Sunnitn in Syrien, Clans im Jemen ..

Es ist ein altes Ergebnis der vergleichenden Revolutionsforschung, dass diejenigen, welche die alten Verhältnisse stürzen, nur selten diejenigen sind, welche die neuen Verhältnisse bestimmen. Als dauerhafte und gut organisierte Kraft hat sich überall in Arabien der Islam erwiesen. Vielleicht kann man das noch enger definieren: der sunnitische Islam, gestützt auf das wahabitische (also „fundamentalistische“, streng an den Text des Koran gebundene) und antidemokratische Königshaus Saudi-Arabiens. Der Westen hat nicht interveniert, als Saudi-Arabien die schiitisch geführte Mehrheit in Bahrein mit Panzern niedergeworfen hat, und er agiert in der Gegenwart als Bundesgenosse Saudi-Arabiens im Kampf der sunnitischen geführten Mehrheit in Syrien gegen die alewite Regierung, die eine Minderheit vertritt, die in Saudi-Arabien nicht geduldet wird. Außerdem nutzt Saudi-Arabien die Abhängigkeit großer Teile der Ägypter, um eine säkulare Verfassung am Nil zu verhindern.

Zur Reaktion der USA auf diese Tendenz habe ich Ihnen ein Zitat aus dem Wallstreet-Journal beigefügt (Handout 8). Der Ausgangspunkt ist klar: auch in Ägypten haben die Islamisten aus dem Sturz von Mubarak den meisten Profit gezogen. Zwar denken die Autoren des Wallstreet-Journal, dass die USA diese Entwicklung durch Geldzahlungen beeinflussen können, aber welche Optionen die amerikanische Politik eigentlich hat, falls die ägyptische Politik sich gegen Israel oder gegen die christliche Minderheit wenden sollte, bleibt unklar.

4. Zum globalen Kontext

Würde die arabische Revolution zumindest in Tunesien und Ägypten dazu führen, würde das fraglos den weltweiten Boom zur Demokratie fördern. Auch wenn es zu einem backlash käme, wäre doch ein Anfang gemacht. Eine Veränderung der globalen Machtstrukturen ist nicht absehbar, die regionalen Machtstrukturen würden jedoch geändert, falls Ägypten sich offen auf die Seite der Palästinenser stellen würde.

Fast alle Beobachter aus dem Westen sind sich darin einig, dass die Konjunktur darüber entscheiden wird, ob die demokratischen Positionen in den arabischen Ländern gestärkt werden. Die Carnegie-Stiftung hat 2011 eine Reihe von Vorschlägen dazu erarbeitet und fordert

- Vorgehen gegen Korruption
- Bessere Rechtspflege allgemein
- Förderung kleiner und mittlerer Firmen
- Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft
- Ausrichtung des Bildungspotentials auf den Arbeitsmarkt
- Bessere makroökonomische Entwicklungsstrategien der Regierung.

Alle diese Vorschläge laufen auf politische Varianten innerhalb der Nationen hinaus. Aber greifen solche Analysen, die sich an nationalen Rahmen orientieren? Das ist zweifelhaft, da

1. Wirtschaftspolitik im Rahmen von Nationen nur noch begrenzt adäquat ist, und
2. die jeweilige historische Situation individualisiert, der Vergleich vermieden wird.

Um mit dem zweiten Punkt zu beginnen: die Lage in den arabischen Ländern ist sicher in manchen Hinsichten einzigartig, in anderen aber vergleichbar.

Vergleichbar ist z. B., dass die „Modernisierung“ von Gesellschaften auch im 19. Jh. mit überdurchschnittlich schneller Vermehrung der Bevölkerung zusammen ging („Bevölkerungs-

Explosion“) und mit einem entsprechend überdurchschnittlichen Anteil der Jugend. Die Reihenfolgen waren meist ähnlich: eine Verbesserung der durchschnittlichen Lebensmittelversorgung, insbesondere des Trinkwassers, war begleitet von Erfolgen bei der Bekämpfung von Seuchen. Das führte zu einer Erhöhung der Zahlen der Kinder je Ehe, welche in ein arbeitsfähiges Alter kamen und zugleich zu einer Verlängerung des Lebensalters, also zu einer schnellen Bevölkerungsvermehrung. Die jungen Leute im Europa des „langen“ 19. Jahrhunderts

1. fanden Arbeit in der Industrie,
2. starben in von den alten Führungsschichten angezettelten Kriegen oder
3. wanderten aus.

Man kann zusammenfassen, dass Auswanderung von Millionen Menschen, wie Europäer in die Amerikas, Inder nach Afrika und Südostasien oder Chinesen in die Mandschurei migriert sind, heute nicht mehr möglich sind. Kriege mit Massentötungen sind denkbar, sollten aber vermieden werden. Es bleibt heute also vor allem das erste Argument: die jungen Leute müssen Arbeitsplätze in der Industrie oder im tertiären Sektor finden. Aufgrund der Regionalisierung der modernen Industrie im Kontext der Herausbildung von Zentren und Peripherien bietet sich, global gesehen, an, dass die jungen Tunesier und Ägypter in die EU kommen, wo die Bevölkerung bekanntlich überaltert ist. Diese jungen Leute würden gut zu uns passen, sie sind meist gut ausgebildet und nicht selten überzeugtere Demokraten als wir.

Einzufügen ist an dieser Stelle, dass die Fertilitätsraten überall auf der Welt sinken, auch in den arabischen Ländern. Es wiederholt sich, was im 20. Jh. in Westeuropa und den USA begonnen hat – die Familien gewöhnen sich daran, dass fast alle ihre Kinder überleben und passen ihre Kinderzahlen an. Der wichtigste einzelne Schritt in diesem Prozess ist die Stärkung der Rolle der Frau.³ Es geht bei der Öffnung Zentraleuropas für Zuwanderungen aus dem mediterranen Raum also nicht um einen sozusagen „ewigen“ Prozess, sondern um eine absehbare Einwanderungswelle, welche wie die europäische Emigration in die Amerikas ihr Ende finden wird – aber uns ganz ähnlich bereichern könnte, wie eben die Zuwanderung der Europäer in die USA diese bereichert hat.

Die Vorstellung, nach dem tief greifende heutige Probleme auf nationaler Ebene gelöst werden könnten, entspricht dagegen nicht mehr dem Stand der Globalisierung. Dazu nur zwei Beispiele:

1. Tourismus am Mittelmeer ist eine der wichtigen Einkommensquellen. 2004 kamen 5,1 Millionen Touristen nach Ägypten, die über 10% des BID und über 26% der Devisen einbrachten, und nach Marokko kamen 4,1 Millionen, die über 12% des BIP gerierten und 25% der Devisen einbrachten.⁴
2. Die industrielle Produktion eines Landes wird heute durch seine Stellung im Rahmen von globalen Güterketten bestimmt. Ägypten, ein klassisches Land für den Export von Textilien und Rohbaumwolle, wird heute global von Vietnam unterboten. Arbeitsintensive Teile der Welttextilproduktion werden schon seit der Nachkriegszeit und verstärkt seit den 70er Jahren in periphere Länder verlagert, weil dort sehr viel geringere Löhne gezahlt werden. Inzwischen liegt die Vermittlung der Aufträge meist in der Hand von Brokern in Hongkong; von dem Hemd, das man in Deutschland kauft, mag das Label französisch

³ Vgl. Karl Husa u.a., Hg.: Weltbevölkerung, Wien 2011, knapp die Einleitung der Herausgeber S. 12 – 38.

⁴ Karl Luger: Tourismus als Entwicklungsmodell, in: Herbert Baumhackl u.a. Hg.: Tourismus in der "Dritten Welt", Wien 2006, S. 127 – 152.

sein, der Rest der Produktion wurde jedoch in Hongkong auf eine Vielzahl von kleinen Firmen (Cut-Make-Trim, CMT) zwischen Indien und China verteilt. Wenn Ägypten hier einsteigt, dann wird es vermutlich nur auf der untersten Ebene der billigen lohnintensiven Teilprodukte eine Chance haben.

Eine ökonomische Konjunktur, welche wirtschaftliche Grundlage für eine durchgehende Demokratisierung sein könnte, kann gewiss von nationalen Regierungen gefördert werden, aber abhängig wäre sie von Weltmarktbedingungen:

1. ob Touristen kommen,
2. ob ägyptische Waren weltweit in die Güterketten eingefügt werden.

Bisher ist die Globalisierung der Ökonomie jedoch weder durch einen Anstieg der Einkommen der globalen Unterschichten gekennzeichnet noch durch einen Anstieg der Mittelschichten, sondern durch die Vergrößerung des Abstandes zwischen oben und unten. Entgegen den Vorstellungen des „Washington Consensus“, der 1990 den weiteren Abbau der Handelshemmnisse einleitete, hat die Globalisierung diese Vergrößerung des Abstandes gefördert. Nach den Berechnungen der UNDP verfügte 2003 das oberste % der Weltbevölkerung über genau so viele Güter wie die untersten 57%, wobei der Anstieg der Einkommen seitdem weiter gegangen ist.⁵

Dabei ist zu bedenken, dass die neoliberale Phase des Welthandels einen wichtigen Erfolg hatte: die Reduzierung des Hungers. In dem Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende ist die Zahl der Hungernden von 1 Milliarde auf 65 Millionen zurück gegangen, vor allem durch die ökonomischen Aufstiege Chinas und Indiens, die wiederum nur möglich wurden, weil die asiatische Industrie für ihre billigen Produkte Abnehmer auf den Weltmärkten fanden. Nach der Krise 2008 stieg die Zahl der Hungernden nach Angaben der FAO jedoch wieder und zwar bis 2011 auf über eine Milliarde (1,044 Millionen). Ein Viertel der Kinder der Welt sind chronisch unterernährt.⁶

Nun ist es Hungernden, böse gesagt, gleich, ob sie beim Verhungern demokratisch oder diktatorisch regiert werden. Träger demokratischer Bewegungen sind meist mittlere Gruppen, die nicht reich genug sind, um sich selbst zu schützen, und die auf Leistung in Berufen angewiesen sind, um Einkommen zu haben. Unter solchen Schichten können deshalb politische Gruppierungen entstehen, die sowohl die Möglichkeiten der bewaffneten Macht einschränken als auch politische Entscheidungen an offene Diskussionen und Wahlen binden wollen. Wie ist deren Lage in den arabischen Ländern?

Hier möchte ich mit dem Vortrag enden und lade zur Diskussion ein, zu der ich zwölf Thesen vorgelegt habe.

⁵ Nolte Weltgeschichte 1 S. 251. Zu Güterketten in der Textilindustrie, siehe Andrea Komlosy: Weltmarkttexilien, in Karin Fischer u.a. Hg.: Globale Güterketten, Wien 2009, S. 76 - 97.

⁶ Terre des hommes 01/2012.

Handout

Hans-Heinrich Nolte: Arabische Revolution in globaler Perspektive; 19.03.2012
 Bezug: Ders.: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2009 (Boehlau-Verlag)

1. Weltbilder (Arno Tausch: Armut und Radikalität? ... Zur Integration der Muslime in Europa, Bremen 2010, S. 41 ff., 214 ff., 366 ff.)

1.1: Meinungen von Muslimen Europas (15 von E27+ EFTA = 525,2 Mio)

In %	E-„Umma“	E-allgem.	Abweichg in %
Glaube an Gott	91,4	89,4	+ 2,2
Politischer Mord legitimierbar	68	80,2	- 15,1
Homos. Nachbarn abgelehnt	45,6	29,6	+ 54,0
Scheidung nicht legitimierbar	33,3	17	+ 95,9
Politiker muss an Gott glauben	19	6,7	+ 183,6
Kein Vertrauen in EU	15,2	18,9	- 19,6
Kein Vertrauen ins Parlament	14,3	15,9	- 10
Militärregierung ist gut	3,4	1,3	+ 161,5
Keine Bestechung annehmen	74,2	74,8	- 0,8

1.2 Global: Meinungen in Islam und Weltgesellschaft um 2000

In %	globale Umma	Weltg..	Abweichg.
Politiker muss Gott glauben(*)(**)	43,3	18,8	+ 130,8
Keine homos. Nachbarn	66,5	47,7	+ 40,3
Armut wuchs letzte 10 Jahre	68,7	70,5	- 2,5
Staatseigentum stärken	58,4	55,4	+ 5,4
Abtreibung legitimierbar	37,9	61,8	- 38,7
Kein Vertrauen in UN	26	17	+ 52,9
Kein Vertrauen ins Parlament	19,8	19	+ 4,2
Militärregierung ist gut	12,9	5,4	+ 138,9
Bestechungen legitimierbar	17,6	25	- 29,6

*Evangelikale 52%, Hindu 43%, Orthodoxe 36%, Protestanten 34%, Juden 31%, Katholiken 27,4%, Freikirchen 24,5%, Buddh. 14,7% ** musl. Gottesdienstbesucher allg. 70,6%; Pakistan 94, Türkei 76,1, Griechenl. 85,8, Deutschl. 61,2 , USA 57,8, Italien 30,5, Frankr. 21

2.1 Arbeitslosigkeit in der arabischen Welt

Statistiken aus Gernot Köhler: Arab Unemployment, in: P. Herrmann, A.Tausch Hg.: Dar Al Islam, New York 2005, S. 180. Daten um 1999:

	CIA	Für das Jahr	UNDP	Für das Jahr
Algerien	30%	1999	26,4%	1997
Ägypten	11,5%	2000	8,7%	1996
Jordanien	27,5%	1999	14,4%	1999
Libyen	30%	2000	11,2%	1995
Marokko	23%	1999	15,1%	1999
Saudi Arabien	k.D.		15%	2001
Tunesien	15,6%	2000	15,6%	1999
West-Bank,G.	40%	2000	11,8%	1999
Jemen	30%	1995	8,2%	1998
Durchschnitt	22,5%		11,4%	

2.2: Langfristige Veränderungen in den Arbeitslosigkeitsraten in %

Daten %	FrühestILO	Jahr	Letzte ILO	Jahr	LetzteCIA	Jahr
Algerien	16,9	1989	29,8	2000	30	1999
Ägypten	2,4	1970	8,1	1999	11,5	2000
Marokko	14,7	1987	22	1999	23	1999
Tunesien	15,3	1989	15,6	2000	15,6	2000

Quellen: ILO (2002), CIA (2002)

3. Shahi Hamid: The Struggle for Middle East Democracy, in: The Cairo Review 2011.1, S. 18 – 29, S. 20: „Hundreds of millions of Dollars in Western assistance poured into the Arab world, assisting small NGO's, supporting often weak political parties, and empowering women to run for parliaments, that had little power in the first place“

4. Frank Nordhausen, Thomas Schmid Hg.: Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 10: „Die Jugend ist gut ausgebildet, aber ohne berufliche Perspektive, ohne Aussicht, eine Wohnung mieten, ein Haus bauen und Familie gründen zu können ...“ S. 14: „Letztlich kann nur ein wirtschaftlicher Aufschwung den Erfolg sichern.“ Würde als letzte Forderung.

5. Eindrücke von einer **touristischen Reise** Oktober 2011: Militär und Polizei überall präsent, z.B. massiv vor dem Koptenviertel in Kairo, aber auch überland: alle 7 bis 8 km eine Straßenkontrolle. Im Süden alle Frauen schwarz verschleiert. Kopte: „etwa 3 Mio. ägyptische Gastarbeiter in Saudi-Arabien, Transfers und Subsidien an Ägypten. SA gegen Verurteilung Mubarraks, stärkt Unruhen gegen Kopten (in Arabien laut Koran keine Nichtmuslime erlaubt). Ökologische Grenzen: gleiche Menge Wasser im Nil: 1980 42 Mio E., 2012 80 Mio.

6. Alaa Al Aswany: On the State of Egypt, Cairo 2011: Mubarak wollte Sohn Gamal als Nachfolger. Dazu wollte man Zustimmung des Westens (Schließung des Übergangs nach Gaza). ... S.4: „President Obama, whom the American people elected to defend human rights and democracy through-out the world, himself reaped praise on President Mubarak ... This double standard ha always marked the attitudes of western governments. Any allegation of electoral fraud in Iran ... is immediately met with an intense and relentless campaign by western media and officials in defense of democracy, whereas the emergency law, detentions, torture, constitutional amend-ments to enable the succession and the abolition of judicial supervision in Egypt, all that does not at all arouse the indignation of westerners, because the Egyption regime is an important and loyal ally to Israel and the United States.“

7. Hamed Abdel-Samid, Autorenlesung Hannover 16. Januar 2012: „Aus der Balance zwischen Militär und Bruderschaft erhofft sich die säkulare aufgeklärte Minderheit eine Atempause, um eigene Strukturen zu bauen.“

8. Robert Satloff, Eric Traeger: America and the Islamist Rise in Egypt in: The Wall Street Journal 24.01.2012, S.15: „One year after Tahrir Square triumphantly toppled a tyrant, Islamists are poised to profit from Egyptian >people power<. ... with the Muslim Brotherhood's ... and the even more fundamentalist Nour Party winning about two-thirds of the seats in Egypt's next parliament.“ – die Bruderschaft will den Friedensvertrag mit Israel von 1979 einem Referendum unterwerfen, könnte den Terrorismus anheizen (Koalitionsangebot al-Gama'a al-Islamiya), könnte die Kopten zur Auswanderung nötigen. Die USA sollen mit finanziellem Druck dagegen halten – 1,2 Mrd \$ Rüstungshilfe, 250 Mio Entwicklungshilfe – aber Einfluss auf andere Geber. „Washington's message to Cairo's emerging leaders should

bet hat U.S. support ... is conditional on their cooperating in maintaining peace with Israel and preserving political pluralism and religious and minority rights....“

9. Murid Asseburg: Zur Anatomie ... in Aus Politik und Zeitgeschichte 61 (39/2011) S. 3 – 9, hier S.7: „In anderen Ländern ... stammten die Initiatoren nicht wie in Tunesien und Ägypten überwiegend aus der Jugend der Mittelschicht. Sie rekrutierten sich vielmehr aus bestimmten ethnischen und konfessionellen Gruppen (...Bahrein), aus Kreisen der etablierten Oppositionsparteien (...Jemen) oder aus Bevölkerungsgruppen, die sich sozioökonomisch oder politisch marginalisiert sehen (...Syrien).“

10. Art.2, § 7 der Charta der UN verbietet „Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates...“ gehören. Jedoch werden die Regelungen des „humanitären Völkerrechts“ zunehmend auf innerstaatliche Vorgänge angewandt, ausgehend von Genozidkonvention; vgl. S. Hobe: Einführung in das Völkerrecht, 9. Tübingen 2008, Abschnitt 18.2.; Nolte, Weltgeschichte s. o. S. 382 – 397. Es gibt auf dieser Ebene keine Offizialdelikte, also keinen Verfolgungszwang, Aktionen vom Sicherheitsrat abhängig, wobei die Mächte mit Tricks arbeiten (Irak, Libyen) oder ggfs. ihr Veto politisch einsetzen.

Thesen

1. Die europäischen Muslime sind eine im Verhältnis zum Welt-Islam säkular eingestellte Gruppe. Ihr terroristisches Potential liegt nicht über dem der christlichen Europäer.
2. Die arabischen Revolutionen werden vor allem von der Jugend getragen und drücken deren Willen nach demokratischer Verteilung der Chancen aus, einschließlich einer Stärkung der Rolle der Frauen.
3. So lange die Jugendarbeitslosigkeit bei über einem Drittel oder sogar der Hälfte der Jugendlichen liegt, werden Lebenschancen über Klientelverbindungen vergeben und nicht über Märkte. (Auf der Grundlage von Klientelsystemen sind republikanische politische Verhältnisse⁷ möglich, aber nicht demokratische).
4. Die arabischen Revolutionen benötigen, wenn über republikanische Verfassungen Wege zu mehr Demokratie geöffnet werden sollen, einen Anstieg des Wohlstands auch der Mittelklassen, um „Abkömmligkeit“ zu vermehren.
5. Äußerer und innerer Frieden sind Voraussetzungen jeder ökonomischen und sozialen Entwicklung.⁸
6. Ein sozialer und politischer Konsens kann nur innerhalb der betroffenen Gesellschaften erarbeitet werden.
7. Um den wichtigen Wirtschaftszweig Tourismus zu erhalten, besitzt die Gewährleistung der Sicherheit der Reisenden Priorität.
8. Über die Güterketten in der modernen Warenproduktion entscheiden im Fall Textilien (z. Zt.) Broker in Hongkong. Textilproduktion in arabischen Ländern kann wahrscheinlich nur am unteren Ende der globalen Ketten eingefügt werden.
9. Angesichts der „demographischen Explosion“ der Bevölkerungen in arabischen Ländern wäre es wünschenswert, dass Bürger arabischer Länder in großen Zahlen in Länder des Zentrums auswandern. Angesichts der „Überalterung“ in den Ländern der EU bieten diese sich als Emigrationsziele an.
10. Um eine Entwicklung der arabischen Länder in Richtung auf Wohlstand und Demokratie zu fördern, ist eine Beeinflussung der Weltgesellschaft in Richtung auf mehr Ausgewogenheit zwischen den sozialen und territorialen Großgruppen nötig.
11. Außerdem muss erneut eine „Dekade gegen den Hunger“ begonnen werden.
12. Eine Stärkung der UN und zentral erhobene globale Steuern bieten sich an.

⁷ Z.B. Zensuswahlsysteme, oder Systeme, in denen eine Stimmabgabe der Klienten für die Patrone gesichert ist und diese dann untereinander „Herrschaft auf Zeit“ organisieren.

⁸ Oman, Israel und Saudi-Arabien haben im Verhältnis zu ihren BIPs die höchsten Rüstungsraten der Welt, vgl. die SIPRI-Daten, kurz in H.-H. Nolte: Weltgeschichte des 20. Jh., Wien 2009, S. 295 f..

Letzte Ausgabe der Zeitschrift für Weltgeschichte / 12.1

Über dieses Buch:

Die ZWG hat sich zum Forum einer neuen, umfassenden Betrachtung von Geschichte, Sozial- und Kulturwissenschaften entwickelt. Wichtige Beiträge aus der englischen, russischen, französischen, spanischen und chinesischen Diskussion sind für deutschsprachige Leser übersetzt worden. Es finden sich aber auch Forschungen und Beiträge aus der deutschen Debatte und gelegentlich die Publikation von Quellen.



Erscheinungsjahr:	2011
Einbandart:	Paperback
Sprache:	Deutsch
Format:	14,7 x 21
Umfang:	202 Seiten
ISBN:	9783899752359
Preis:	29.90 €

Inhalt:

Bernd Bonwetsch - *Massenverbrechen im 20. Jahrhundert. Neue Studien*

Robert Thurston - *Lynching in den USA in globaler Perspektive*

Marc Junge & Bernd Bonwetsch - „Rundherum Feinde, nichts als Feinde.“ Die „Kriegsgefahr“ und das große Morden der kleinen Leute in der Sowjetunion

Jens Binner - *NS-Besatzungspolitik und Zwangsarbeit: Ideologie und Herrschaftspraxis*

Robert Keller - *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Leben und Sterben im Spannungsfeld von Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Erfordernissen*

Review

Jörg Kruth - *Chinesische Entwicklungspolitik und Subsistenzwirtschaft in Tibet*

Raimund Schulz - *Neue Blicke über alte Grenzen – „Weltgeschichte“ als didaktisches Konzept auch für die Vermittlung der Älteren Epochen?*

Michael Bertram - *Die Rolle der 11. Armee bei der Vernichtung der Juden auf der Krim*

Hans-Heinrich Nolte - *Neue Publikationen zum Völkerrecht*

Richard Albrecht - *Zwischenwelten und Übergangszeiten. Eric Hobsbawms letztes Buch*

Jürgen Zarusky - *Die Dokumentenmonographien des DHI Moskau zum Großen Terror aus der Sicht vergleichender Stalinismus und Nationalsozialismusforschung*

Rezensionen

Autorinnen und Autoren

Demnächst in der ZWG